

# Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft

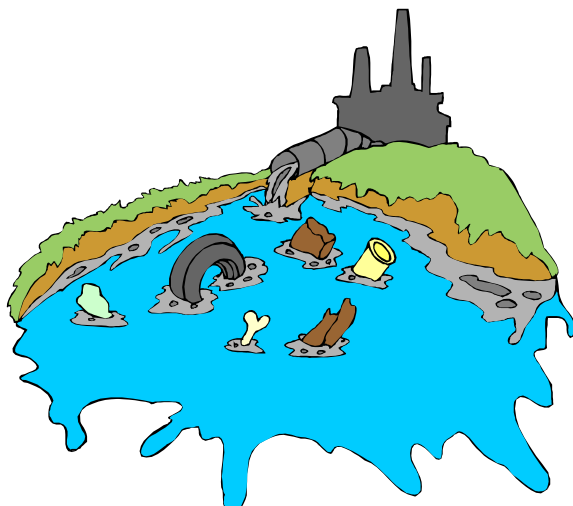
Setzen Sie die folgenden Begriffe passend in die Lücken ein:

faire – Generationen – internalisiert – Kooperationsprinzip – Lebensgrundlagen – nachhaltige – Marktwirtschaft – Nutzungsformen – öko-soziale Marktwirtschaft - Öko-Sponsoring – Subventionen – Staat – Umweltbewusstsein – Verursacherprinzip – Vorsorgeprinzip – Zentralverwaltungswirtschaft

Seit Anfang der 90er Jahre ist die sozialistisch-kommunistische (1) \_\_\_\_\_ bis auf wenige Ausnahmen (Kuba, Nordkorea) Geschichte. Die (2) \_\_\_\_\_ gilt als das „Siegermodell“ im Wettbewerb der Wirtschaftsordnungen. Mit der Entscheidung „für den Markt“ sind die Probleme der Menschen jedoch nicht gelöst. Die fortschreitende Umweltzerstörung und der Ressourcenabbau in allen Industrieländern verlangt, dass eine neue, umweltverträgliche, „(3) \_\_\_\_\_“ Wirtschaftsordnung geschaffen wird. Oft wird diese Wirtschaftsordnung „(4) \_\_\_\_\_“ genannt.

Diese Wirtschaftsordnung funktioniert nach den folgenden Prinzipien:

(5) \_\_\_\_\_: Solange z.B. Schüler noch Reststoffe aller Art gedankenlos in die Schulhöfe werfen, Touristen ihre Abfälle in den Parks und an den Stränden hinterlassen, Autofahrer ihre Motoren im Stand laufen lassen, Verbraucher oft aufwändig verpackte Lebensmittel kaufen, Familienväter den Sperrmüll im Wald „entsorgen“, Landwirte ihre Spritz- und Düngemittel nach dem Motto „viel bringt viel“ versprühen, solange jeder, ob Privater, Unternehmer, Angestellter, Arbeiter, Beamter,



Rentner oder Jugendlicher, den Umweltschutz den „anderen“ überlässt, ist es um den Fortbestand unseres Wohlstands und um die globale Gerechtigkeit schlecht bestellt.

Ein Umdenken ist ebenfalls nötig, damit Politiker, die letztlich die Entscheidungen treffen, die erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Wenn die Mehrheit der Bevölkerung nicht einsieht, dass Energie und Treibstoffe auch heute noch viel zu „billig“ sind, werden die notwendigen Regelungen nicht getroffen, weil die Politiker den Verlust von Wählerstimmen fürchten.

Die Veränderung des Bewusstseins allein genügt nicht. Auch heute fühlen sich nicht alle Haushalte und Unternehmen für den Erhalt unserer (6) \_\_\_\_\_ verantwortlich. Die anderen müssen durch staatliche Gesetze dazu „motiviert“ werden.

(7) \_\_\_\_\_: Es verlangt, dass alle Kosten denjenigen Leistungen zuzurechnen sind, auf die die Kosten zurückzuführen sind. Das bedeutet, dass auch Kosten der Vermeidung von Umweltschäden oder ihre Beseitigung, wenn sie doch entstanden sind, von den Wirtschaftsteilnehmern zu tragen sind, die für die Entstehung verantwortlich sind. Bisher übernimmt der (8) \_\_\_\_\_ oft diese Kosten und zahlt sie aus dem Steueraufkommen. Man sagt, die Kosten müssen „(9) \_\_\_\_\_“ werden. Dann können alle Marktteilnehmer an Hand der Preise besser entscheiden, welches Produkt umweltschädlich ist. Eine solche Internalisierung kann mit Hilfe von Umwelt-/ Rohstoffsteuern stattfinden, die in Höhe der Kosten der Umweltschädigung auf ein Gut aufgeschlagen werden. Alternativ werden Emissionszertifikate ausgegeben, die die Unternehmen vom Staat kaufen müssen, wenn sie die Umwelt belasten wollen.



(10) \_\_\_\_\_: Angebot und Nachfrage richten sich nach dem Preis. Der Preis ergibt sich aus den Kosten der Produktion und des Vertriebs plus Gewinnaufschlag. Die zukünftigen Kosten für die Gesellschaft sind jedoch nicht in der Preiskalkulation der Unternehmen enthalten. Z.B. der Klimawandel führt schon heute zu enormen Kosten und wird in der Zukunft noch viel größere Kosten verursachen. Darum müssen Gesetze und Steuern dafür sorgen, dass Unternehmen und private Haushalte nicht auf Kosten unserer eigenen Zukunft oder jener künftiger (11) \_\_\_\_\_ wirtschaften. Auch der Staat muss bei seinen Entscheidungen viel weiter in die Zukunft schauen. Z.B. wenn er stadtplanerische Entscheidungen trifft oder (12) \_\_\_\_\_ an Unternehmen gibt: Nur Unternehmen, die umweltschonend wirtschaften, werden dann staatlich gefördert.

(13) \_\_\_\_\_: Es sieht eine enge Zusammenarbeit von Unternehmen, privaten Haushalten und dem Staat, Verbänden und Organisationen vor. Bürger können staatliche Stellen auf Umweltprobleme aufmerksam machen, Einzelhändler können die Hersteller über die Einführung umweltschonender Produkte beraten, die die Kunden akzeptieren, Hersteller umweltfreundliche Produkte bewerben. Neue (14) \_\_\_\_\_ müssen entdeckt werden: Wie das Modell des Car-Sharings bereits heute in Großstädten funktioniert (Bürgerinnen und Bürger gründen Genossenschaften, die gemeinsame Autos anschaffen, die nur bei Bedarf genutzt werden, ansonsten von anderen Mitgliedern der Genossenschaft), so können auch neue Formen der gemeinsamen Nutzung anderer Güter entwickelt werden (gemeinschaftliche Gartengeräte, Werkzeuge, die man nur selten benötigt, für ein Wohnviertel, Waschmaschinen für mehrere Familien). Bei der Produktwahl sollten die Marktteilnehmer auch die Produktionsbedingungen der Güter mit im Auge haben, denn nur sogenannte „faire Produkte“ lassen den Arbeitern in armen Ländern oft einen Lohn, mit dem sie ihre Familien ernähren können und somit auf Kinderarbeit verzichten können. Darüber hinaus können Menschen sich im „(15) \_\_\_\_\_“ engagieren: Spenden für Umweltschutzorganisationen sind schon heute weit verbreitet. Immer mehr Menschen legen auch bei ihren Ersparnissen Wert auf nachhaltige und (16) \_\_\_\_\_ Geldanlagen.

## **Lösung:**

- (1) Zentralverwaltungswirtschaft
- (2) Marktwirtschaft
- (3) nachhaltige
- (4) öko-soziale Marktwirtschaft
- (5) Umweltbewusstsein
- (6) Lebensgrundlagen
- (7) Verursacherprinzip
- (8) Staat
- (9) internalisiert
- (10) Vorsorgeprinzip
- (11) Generationen
- (12) Subventionen
- (13) Kooperationsprinzip
- (14) Nutzungsformen
- (15) Öko-Sponsoring
- (16) faire